

Transformation als demokratiepolitische Aufgabe: Neue Fallstudie zu materieller und immaterieller Beteiligung in der Energiewende

Victoria Luh • Johanna Siebert

Angesichts der enormen Transformationsbedarfe, die nicht zuletzt in dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 deutlich werden, steht unsere Gesellschaft an einem Scheideweg. Vor dem Hintergrund sozialer und strukturpolitischer Ungleichheiten besteht die reale Gefahr, dass eine ökologische Wende ohne ein sozial-inklusives und ökonomisch gerechtes Vorgehen das Misstrauen gegenüber Politik und Demokratie verstärkt (Daele 1997; Radtke 2023). Andererseits hat die Transformation das Potenzial, zum Gelegenheitsfenster einer „Demokratiewende“ (Haas & Sander 2018; Kunze 2013) zu werden. Denn eine zielgerichtete und inklusive Transformation bietet die Möglichkeit, neue Formen der demokratischen Entscheidungsfindung zu erproben, politische Prozesse inklusiver zu gestalten und lokale Gemeinschaftsbildung sowie regionale Wertschöpfung zu stärken.

Ein zentraler Hebel, um die Transformation im Prozess und im Ergebnis gerecht zu gestalten, ist Bürger:innenbeteiligung. Dabei hat Beteiligung eine immaterielle und eine materielle Dimension. Es gilt zum einen, Transformationsprozesse vor Ort inklusiv zu gestalten, sodass die Selbstwirksamkeit der Bevölkerung gestärkt, anstatt Gefühle der Ohnmacht und Alternativlosigkeit befeuert werden. Zum anderen muss die Verteilung von Transformationskosten und -nutzen ausgewogen sein und bestehende Ungleichheiten in Betracht ziehen. Häufig ist eine Kombination demokratischer Beteiligungsverfahren zur Interessensaushandlung in gesellschaftlichen Transformationsprozessen mit Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung von Bürger:innen und betroffenen Kommunen an lokalen Transformationsvorhaben sinnvoll.

Wie dies mit Blick auf die Energiewende gelingt, darum geht es in einer gemeinsamen Studie des [Progressiven Zentrums](#) (DPZ) und des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS): „[Unsere Energiewende? Wie Beteiligung vor Ort die Transformation gestaltbar macht.](#)“ Im Fokus stehen drei Beispiele für Beteiligung in der Energiewende, anhand derer Erfolgsfaktoren und Herausforderungen in Ansätzen der finanziellen Beteiligung sowie in dialogischen und konfliktsensiblen Beteiligungsformaten herausgearbeitet werden: (1) Der Bürgerwindpark Hoort 2 in der Gemeinde Hoort (Mecklenburg-Vorpommern), (2) das Forum Energiedialog des Landes Baden-Württemberg zur dialogischen Aushandlung von Energiewendekonflikten sowie die digitalen Bürgerdialoge im Rahmen des Strukturentwicklungsprogramms Sachsen-Anhalt. Ausgehend von der These, dass die kommunale Ebene eine Schlüsselrolle in der erfolgreichen Umsetzung einer gerechten Transformation spielt, erarbeitet die Studie fünf Handlungsempfehlungen zur Stärkung kommunaler und regionaler Transformationskapazitäten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den erforderlichen politischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von materieller und immaterieller Beteiligung vor Ort.

Die Studie zum Download (PDF)

https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/05/DPZ_Unsere_Energiewende_Final_Einzelseiten.pdf

Autorinnen

Victoria Luh ist Sozialwissenschaftlerin und Mediatorin und interessiert sich für Kooperations- und Beteiligungsformate zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zur Gestaltung sozial-ökologischer Transformationsprozesse.

Johanna Siebert ist Projektmanagerin im Schwerpunkt »Green New Deal« des Progressiven Zentrums. Hier arbeitet sie unter anderem zu antidemokratischen Interventionen in der Klima- und Umweltpolitik sowie zu materieller und immaterieller Gerechtigkeit in der sozialökologischen Transformation.

E-Mail: johanna.siebert@progressives-zentrum.org

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de